

Efrac, sagte Hatice*, „wir müssen reden. Mein Mann sperrt mich Tag und Nacht ein. Ich darf nicht mal zum Einkaufen vor die Tür. Ich habe auch gar kein Geld. Er schickt das Geld, das wir vom Jobcenter bekommen, an seine Familie in den Irak.“ Momentaufnahme aus einem Flüchtlingsheim in Berlin.

VON ANTJE HILDEBRANDT

Es ist ein Fall, der die 55-jährige Efrac Ahmed lange beschäftigt hat. Er klingt dramatisch. Dabei, sagt Ahmed, sei er kein Einzelfall. Die Sozialarbeiterin arbeitet in einer Beratungsstelle für Flüchtlinge. An einem Tag in der Woche ist sie in einem Flüchtlingsheim als Mediatorin im Einsatz.

An einem Tag in der Woche ist sie in einem Flüchtlingsheim als Mediatorin im Einsatz. Die Araberin mit deutschem Pass, soll sich um Frauen und Mädchen kümmern, die Opfer von Gewalt geworden sind. Efrac Ahmed soll sie über ihre Rechte aufklären und an Beratungsstellen weiterleiten. Leichter gesagt als getan. Ahmed sagt: „Viele Frauen wissen gar nicht, dass sie sich gegen diese Gewalt wehren können. Sie kommen aus Familien, in denen es normal ist, dass Frauen geschlagen, vergewaltigt oder zwangsverheiratet werden. Es ist schwer, denen zu erklären, dass es so nicht sein darf.“

MiMi, so heißt das Projekt. Gewaltprävention mit Migrantinnen für Migrantinnen. Es wird von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), gefördert. Träger ist das Ethnomedizinische Zentrum in Hannover. Eine Einrichtung, die Anfang der Neunzigerjahre die Arbeit eigentlich mit dem Ziel aufnahm, die Gesundheit von Flüchtlingen zu fördern.

„Gesundheit ist der Motor der Integration“, sagt Ramazan Salman. Er ist der Mitbegründer und Geschäftsführer des Zentrums. Mit Impfprogrammen und mehrsprachigen Ratgebern für Palliativmedizin fing alles an. Inzwischen hat das Zentrum den Fokus mehr auf die seelische Gesundheit gelegt. Gewalt gegen geflüchtete Frauen, das sei lange ein Tabuthema gewesen, sagt der Sozialwissenschaftler.

Dabei sei es doch ein offenes Geheimnis, dass viele der Frauen entweder schon in ihrer Heimat oder auf der Flucht Opfer von Gewalt geworden sind. Besonders solche, die aus Ländern kommen, in denen Gleichberechtigung ein Fremdwort ist. Doch offen darüber geredet habe man nicht, sagt Salman.

Als er das Thema einmal bei einem Vortrag in einer Polizei-Akademie angesprochen habe, hätten seine Zuhörer verlegen herumgedrückt. Er habe ja recht, sagte endlich einer. Aber das laut auszusprechen, traue sich keiner. Er riskiere sonst den Vorwurf, dass er alle Flüchtlinge diskreditiere.

Inzwischen ist die Politik einen Schritt weiter. Eine Umfrage des Ethnomedizinischen Zentrums unter 2000 geflüchteten Frauen aus 59 Ländern alt 2016 ergeben, dass 14,3 Prozent von ihnen schon persönlich Opfer von Gewalt geworden sind. In fast allen Fällen waren die Täter die eigenen Angehörigen oder andere Angehörige. Weitere 21,7 Prozent gaben an, sie würden betroffene Frauen kennen. Ramazan Salman schätzt, dass die tatsächliche Zahl bei 25 Prozent liegt. Er sagt, viele seien traumatisiert. Sie redeten nicht über das Thema, zumindest nicht öffentlich.

„Hätte ich gewusst, wie schlimm es hier in Deutschland ist..“

Jede vierte Flüchtlingsfrau erlebt Gewalt von Männern in der Familie. Geschulte Migrantinnen bieten Hilfe an. Die Arbeit wird schwieriger – denn die Klientel verändert sich. Eine Begegnung in Berlin



Shiva Moghaddam (l.) und Efrac Ahmed bieten Flüchtlingsfrauen mit Gewalterfahrungen ihre Unterstützung an

Wie aber nähert man sich diesen Frauen? Wie gewinnt man ihr Vertrauen? 2016 hat das Zentrum 130 Frauen als Mediatorinnen für diesen Job ausgebildet. Sie waren einst selbst alle als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Sie sind im Durchschnitt 37 Jahre alt. 8,3 Prozent von ihnen haben als Antwort auf die Frage nach ihrer Motivation angegeben, selbst schon mal Opfer von Gewalt geworden zu sein. Alle sprechen zwei Sprachen, das war Bedingung: Deutsch und ihre Muttersprache.

Die Muttersprache sei unabdingbar, um überhaupt mit den Frauen ins Gespräch zu kommen, erklärt Efrac Ahmed. Sie weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist, in einem Land anzukommen, dessen Sprache man nicht versteht. Sie war elf, als sie mit ihrer Familie aus dem Libanon nach Berlin kam. Das älteste von fünf Kindern. Sie sagt, schon früh habe sie für ihre Eltern gedolmetscht. Aber das war noch nicht alles. Einige Monate nach ihrer Ankunft in Berlin wurde die Familie abgeschoben. Dann die Wiedereinreise. Zweiter Versuch, diesmal mit Erfolg.

Efrac Ahmed hat früh gelernt, sich im Dschungel der Gesetze zu orientieren. Eine toughie Frau in Jeans und Wollpullover, die Haare zum Pferdeschwanz gebunden, die Augen schwarz umrandet. Sie ist mit einem arabischen Geisteswissenschaftler verheiratet und hat vier Kinder. Nein, sagt sie. Gewalt habe sie nie erlebt.

Es sitzt in der Berliner Zweigstelle des Ethnomedizinischen Zentrums in Kreuzberg. Ein leerer Konferenzraum, eine Tafel mit Papiertafeln, auf denen Begriffe wie „Stopp“, „Deeskalation“ oder „Empowerment“ stehen. Heute schmunzelt Ahmed, wenn sie erzählt, warum eine wie sie für den Job als Mediatorin prädestiniert ist. Eigentlich war ich immer der Mann im Haus.“

Dieses Selbstbewusstsein hilft ihr bei der Arbeit. Denn im Flüchtlingsheim trifft sie auf Frauen, die mit dem Bewusstsein groß geworden sind, dass sie nur Menschen zweiter Klasse sind – und auf Männer, die sie das auch spüren lassen. Sie sagt, sie habe das zwar auch schon umgekehrt erlebt. „Es gibt auch Männer, die von ihren Frauen geschla-

gen werden.“ Aber solche Fälle sind die Ausnahme.

Als Sozialarbeiterin hat sie einen Blick für Frauen, die drangsaliert werden. „Ich merke das schon, wenn sie Hilfe bei einem Antrag brauchen und ein Formular ausfüllen müssen. Viele drucksen dann herum und sagen: ‚Da muss ich erst einmal meinen Mann fragen.‘“

Die Mediatorin behält die Frauen im Blick. Sie sucht das Gespräch mit ihnen. Sie gibt ihnen ihre Visitenkarte. Und irgendwann, sagt sie, riefen einige dann tatsächlich an. Hatice war so ein Fall. Sie stand vor der Tür der Beratungsstelle, Ahmed hatte schon ihre Sachen gepackt. „Efrac, wir müssen reden ...“ Und schließlich fiel der Satz: „Hätte ich gewusst, wie schlimm es hier in Deutschland ist, wäre ich nicht geflohen. Hol mich hier raus.“

„Unser Schiff ist nicht beschlagnahmt. Unsere Crew ist nicht verhaftet. Es handelt sich um eine normale Kontrollprozedur“, hatte Jugend Rettet am Morgen getwittert. Doch am Nachmittag war klar: Das Schiff wurde beschlagnahmt.

Von einer „normalen Kontrolle“ hatte zwar auch Hafenkommandant Paolo Monaco am frühen Morgen gesprochen. Und eine Sprecherin der Organisation in Berlin sagte der WELT: „Sowohl die ‚Juventa‘ als auch unsere Crew wurden nicht auf Lampedusa festgesetzt. Es handelt sich nach allem, was wir bisher wissen, um einen generellen Check-up, ein Standardprozedere. Die italienischen Behörden haben uns versichert, dass es lediglich um einen Austausch von Informationen und den Check der Dokumente der Crewmitglieder an Bord geht.“

Es war bereits die dritte Kontrolle auf der „Juventa“ in wenigen Monaten. Die italienische Tageszeitung „La Repubblica“ hatte berichtet, dass zwei Syrer auf dem Schiff gewesen seien, deren Identität und Fluchtmodalitäten nicht bekannt seien. Zwei Staatsanwälte in Trapani ermittelten seit Monaten zu angeblichen Beziehungen einer NGO mit kriminellen Schleusern. Es handelt sich bei der Kontrolle also nicht bloß um die „Konsequenzen“, die die italienische Regierung angeordnet hatte.

Die Vertreter von Jugend Rettet hatten sich geweigert, einen neuen Verhaltenskodex zu unterzeichnen, der eine strengere Kontrolle der Arbeit der NGOs bei der Flüchtlingsrettung im zentralen Mittelmeer vorsieht. Den Regelkatalog hatten am Montag nach einwöchigen Verhandlungen nur zwei von acht NGOs im Innenministerium unterzeichnet. Jugend Rettet begründete die Verweigerung damit, dass der Kodex nicht die Seenotrettung in vorderster Linie stelle, womöglich Seerecht gebrochen würde und die Regeln nicht den humanitären Prinzipien der Organisation entsprächen. Ähnliche Argumente brachten auch andere Organisationen vor, darunter Ärzte ohne Grenzen. Die Regeln der italienischen Regierung sehen unter anderem die Präsenz italienischer Justizpolizei auf NGO-Schiffen vor, das Verbot, in libysche Gewässer zu fahren, sowie jeder Kontaktaufnahme mit der libyschen Küste und dort aktiven Schlepperorganisationen. Die Schiffe der Freiwilligen bergen über ein Drittel aller schiffbrüchigen Flüchtlinge im Mittelmeer.

Die NGOs sind aber seit Monaten unter politischem Beschuss. Die sizilianische Staatsanwaltschaft hatte im April begonnen, gegen einige Organisationen zu ermitteln. Man befürchtete, dass sie direkte Kontakte mit Schleusern unterhielten. Es ging auch um undurchsichtige Finanzierung der Organisationen.

Der italienische Innenminister Marco Minniti schrieb den NGO-Kodex spontan Ende Juni, nachdem innerhalb von nur 48 Stunden über 12.000 Migranten über das Mittelmeer nach Italien gekommen waren. Beim EU-Innenministertreffen in Tallinn ließ er den Regelkatalog wenige Tage später von den Kollegen der Partnerländer absegnen. Der Kodex gehört zu einem Maßnahmenkatalog, mit dessen Hilfe die Regierung in Rom die hohen Flüchtlingszahlen senken will. Am Mittwoch stimmte das Parlament in Rom einem Militäreinsatz der italienischen Marine in libyschen Gewässern zu: Schleuser sollen gleich vor der Küste gestoppt werden. Dies hatte die Regierung schon Ende letzter Woche beschlossen.

Seit Jahresbeginn sind 95.215 Migranten in süditalienischen Häfen angekommen, 2,73 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. 2016 waren bis Ende Juli 97.892 Flüchtlinge registriert worden. Doch der Direktor der Internationalen Organisation für Migration, Federico Soda, nannte eine neue Zahl: In Libyen sollen nicht nur 400.000, sondern nahezu eine Million Menschen auf die Reise nach Europa warten.

„Name von der Redaktion geändert.“

Als Bivsi die Ankunftshalle betritt, fließen Tränen

Die 15-jährige Nepalesin wurde aus dem Unterricht geholt und mit ihren Eltern abgeschoben. Viele kämpften für die Familie – mit Erfolg

Sara Bahador ist glücklich. Sie war dabei, als ihre Mitschülerin Bivsi Rana Ende Mai aus dem Unterricht der neunten Klasse des Steinbart-Gymnasiums geholt und am selben Tag mit ihren Eltern von Frankfurt aus nach Nepal abgeschoben wurde. „Ich habe immer daran geglaubt, dass Bivsi wieder zurück nach Deutschland kommt. Aber dass es so schnell geht, habe ich nicht erwartet“, sagt die Schülerin. „Wir haben das nur geschafft, weil wir nicht aufgegeben und für ihre Rückkehr demonstriert haben.“

VON STEFAN LAURIN UND JÖRG RÖSSNER

Am frühen Mittwochmorgen wartet Sara gemeinsam mit anderen Schülern und Schülerinnen, Eltern, Lehrern und Unterstützern im Ankunftsbereich des Düsseldorfer Flughafens auf Bivsis Rückkehr. Auch Ralf Buchthal, Leiter des Steinbart-Gymnasiums, ist froh, dass die Geschichte nun ein glückliches Ende gefunden hat: „Wir haben sehr viel

Unterstützung erfahren. Ich bin erleichtert, dass Bivsi wieder in Deutschland ist.“ Ein Transparent haben die Schüler auch dabei: „Welcome Bivsi“ steht darauf. Andere Schülerinnen haben Herzen gemalt. Mehr als ein Dutzend ist an diesem Morgen zum Flughafen gekommen, um ihre über Abu Dhabi kommende Mitschülerin zu empfangen.

Auch Bivsis Bruder Biswash Rana ist hier. Während die Familie von Nepal aus um ihre Rückkehr kämpfte, blieb er in Duisburg. „Wir wollten erst die Wohnung kündigen“, sagt der 22-Jährige. „Aber als dann die Petition für Bivsis Rückkehr startete, hatten wir wieder Hoffnung.“ Die Familie sprach mit dem Vermieter, die Wohnung konnte gehalten werden. Die Miete wird die Familie nun nachzahlen.

Als die 15-jährige Bivsi und ihre Eltern die Ankunftshalle betreten, fließen Tränen. Es wird gejubelt und geklatscht. Bivsi und ihre Eltern umarmen den Bruder, Freunde und die wichtigsten Unterstützer. Kamerateams umlagern die er-

schöpfte Familie, die schließlich von ihren Freunden zum Parkhaus begleitet wird. Vertreter des Gymnasiums appellierten an die politisch Verantwortlichen, auch den Eltern die Gelegenheit zu geben, „sich in ihrem bisherigen Leben wieder einzurichten“. Die Familie brauche zunächst Zeit und Ruhe.

Bivsis Fall hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt. Die damals 14-Jährige war am 29. Mai auf Veranlassung der Ausländerbehörde gemeinsam mit ihren Eltern in deren Heimatland Nepal abgeschoben worden. Für Empörung hatte gesorgt, dass Mitarbeiter des Ausländeramtes der Stadt Duisburg das Mädchen dafür direkt aus dem Unterricht holten. „Ich konnte mich nicht mal von meinen Freunden und meiner Klasse verabschieden und habe mich gefühlt, als wäre ich ein Schwerverbrecher“, kommentierte Bivsi später die Umstände ihrer Abschiebung.

Sie und ihre Eltern waren rechtmäßig abgeschoben worden. Ihr Vater hatte nach der Flucht aus dem damaligen Bür-



Bivsi und ihr Bruder Biswash umarmen sich am Flughafen

gerkriegsland Nepal vor 20 Jahren einen Fehler gemacht: Aus Angst vor späterer politischer Verfolgung hatte er bei den deutschen Behörden einen falschen Namen angegeben. „Mein einziger Fehler“, sagte er dem WDR. Er habe ansonsten immer Vollzeit gearbeitet, Steuern und Beiträge für die Rentenversicherung gezahlt. Aber in allen Instanzen wurde die Abschiebung als rechtmäßig eingestuft. Mitschüler, der Duis-

burger Oberbürgermeister, das Land Nordrhein-Westfalen und der Petitionsausschuss des Landtags setzten sich für die Rückkehr der Familie ein. Mitschüler demonstrierten und sammelten im Internet Unterschriften. Außerdem ging eine Petition an den Landtag. Bivsi sagte: „Deutschland ist meine Heimat.“

Ihre Rückkehr wurde nun rechtlich mit einem Schüleraustauschvisum ermöglicht. Nach dem Abitur kann sie einen Folgeantrag stellen, um eine Berufsausbildung oder ein Studium zu beginnen. Ihre Eltern durften sie aus humanitären Gründen begleiten. Landesintegrationsminister Joachim Stamp (FDP), der sich ebenfalls für Bivsi Rana eingesetzt hatte, betonte, dass es sich um einen Einzelfall handle: „Das Recht des Kindes hat bei der Entscheidung im Vordergrund gestanden. Bivsi wurde in Deutschland geboren und ist hier aufgewachsen – sie ist de facto ein deutsches Kind.“ Das nun auch wieder hier leben und mit ihren Freunden zur Schule gehen darf.